

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Krenhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen "Nach der Arbeit" und "Wolk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 199

Dresden, Dienstag den 26. August 1924

35. Jahrg.

Hergts armfeliges Rezept

Das Ziel unserer Opposition ist die Herbeiführung neuer Verhandlungen mit einem für Deutschland günstigen Ergebnis.

Hergt in der gestrigen Reichstags-Sitzung. Endlich ist es heraus — das deutsch-nationale Rezept. Mit einer Bosheit sondergleichen haben sie es uns bisher verschwiegen. Sie hatten das Heilmittel für Deutschland in der Tasche und gaben es nicht heraus. Nun endlich hat Herr Hergt den Mund auf, der bisher jedweder Erhellungspolitik so manches starke Nein! entgegengesetzt, und sagte einfach, gelassen (und bescheligen): „Das Ziel unserer Opposition ist die Herbeiführung neuer Verhandlungen...“

Die Deutschnationalen erklären sich also offiziell für die Erfüllungspolitik. Den ganzen letzten Wahlkampf bestritten sie mit wütenden Attacken gegen die Erfüllungspolitik. Jetzt jappeln die Betrüger in den Schlingen der Weltgeschichte und schreien klein und jämmerlich: „Wir wollen ja auch erfüllen, nur etwas kleiner müßte die Summe sein.“ Aber auch dieser Schwindel wird den Deutschnationalen abgewöhnt werden; denn binnen kurzem dürfte die gesamte Entente dem deutschen Volke klarmachen, daß der neue Londoner Pakt das mindeste dessen enthält, was von uns gefordert wird. Es gibt gegenwärtig in Frankreich keine Kammermehrheit, die davon abgeht. Das ist den Deutschnationalen durchaus geläufig; sie wissen auch, daß Frankreich die Ruhr rascher räumen würde, wenn die deutschen Bevandelschreiber das französische Volk nicht kopfschüttelnd gemacht hätten. Sie haben's aus den französischen Kammerdebatten genugsam hören können und berufen sich pöblich aufs „Recht“.

Auch in diesem Kniff zeigt sich die ganze Demagogie dieser Partei. Im alten wilhelminischen Deutschland wie im neuen haben diese heulenden Demagogen des Nationalismus den Satz verkörpert: Macht geht vor Recht. Macht schafft man durch Militarismus, Macht! Macht! Macht! war ihr Geschrei von Bismarck bis zu Hergt. Während des Zusammenbruchs im Oktober 1918 kriegten sie vorübergehend die Sehnsucht nach der Gerechtigkeit, klammerten sich an Wilsons 14 Punkte, wie übrigens auch die andern bürgerlichen Parteien, die in den Blättern der Heimatsfront, wie den scharfmachtartigen Leipziger Neuesten Nachrichten, den „Krieg bis zum Siege“ glorifizieren ließen. Und auf welchem Rechtsstandpunkte stützten sich denn die Hergts, Lippsche und das ganze Machttagelumpentum, das den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk zu verantworten hatte, als man hinter der friedenswilligen russischen Armee her in der Richtung nach Moskau jagte?

Schreien die Deutschnationalen nach dem Recht und der Gerechtigkeit, die sie bisher im Völkerverlehen als eine Angelegenheit für politische Kinder verspotteten, so zeigt das nur den hohen Grad ihrer Verlogenheit an. Darum auch der Wirtware innerhalb der Hergt-Partei. Führer wie Wallraf, Bazzille und verschiedene ihrer Kollegen in Bayern sind für Annahme des Londoner Paktes, ein kleiner Teil schwärmt blauäugig und verzweifelt für die harte Ablehnung, und was dazwischen ist, hält sich für jeden Ausnahmefall bereit. Man setze die erkohnte Bürgerblockregierung zusammen, stelle den Deutschnationalen einige Ministerposten zur Verfügung — und die Zweidrittelmajorität ist da. Aber dann gibt die französische Armee das Aufrührerrecht nicht so leicht frei. Wie sich also die volksparteilichen Freunde der Deutschnationalen auch drehen und wenden: es ist mit reaktionären Absichten allein nicht zu machen. Das Europa von heute reagiert darauf anders, als das Deutschland von heute ist. Und so wird man denn mit den Deutschnationalen eine andre Verständigung zu finden suchen. Es gibt ja Schugzölle, und die Besitzsteuern können den Agrariern auch unheimlich werden. Ein neuer Reichstag würde für die Rechtsparteien ungenügsamer aussehen als der gegenwärtige. Kurz: alles spricht dafür, daß die Deutschnationalen mit sich reden lassen, daß eine Reihe Abgeordneter bei der Abstimmung entweder nicht da sind oder die Abstimmung freigegeben wird, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu ermöglichen.

So wird es wahrscheinlich kommen. Wir beauern das, denn wenn auch mit jeder Verzögerung der Annahme des Londoner Abkommens für Deutschland manche Gefahr herausbeschworen wird, so bleiben doch die Gefahren dieses Inflations-Reichstags für das Volk dauernd groß. Wie sollen mit dieser Zweidrittel-Mehrheit, mit dieser ewigen Deutschnationalen-volksparteilichen Kuhhandel die Steuern aufgehoben und das Abkommen erfüllt werden? Darum muß die Sozialdemokratie für Neuwahlen einsehen. In einem demokratischen Landern würde in solcher Situation die Regierung den Appell ans Volk ergehen lassen, weil es um eine Lebensfrage handelt, die in dieser konkreten Art

bei der letzten Wahl nicht zur Debatte stand. Darum weg mit dieser arbeitsunfähigen Krawallmühle!

Die Kolonnenführer der Reaktion können sich in diesem Parlament nicht wohlfühlen, weil sie in den Kommunisten treue Feindinnen haben. Frau Gohlke alias Ruth Fischer erzielte in ihrer gestrigen Rede mehrfache Zustimmung der ärgsten Volkseinde. Wir hätten gewünscht, schreibt die Sozialdemokratische Parlamentskorrespondenz, daß möglichst viele Arbeiter zugeföhren hätten, wie die Deutschnationalen mit freudestrahlenden Gesichtern und immer wieder in begeisternde Jurufe ausbrechend, das Vult der Rednerin umstanden. Mit Recht wurde aus der Mitte des Hauses wiederholt gerufen: Was denn die Bäckische nach einer solchen Rede noch an Nationalismus vorbringen könnten! Genau wie Hebenlow empfahl Ruth Fischer das Bündnis mit Rußland; nicht London, sondern Moskau werde die Rettung bringen.

Wir haben nichts gegen ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland. Wenn es sich nur darum handelte! Aber was die Moskauer Diktatoren erkennen, ist der bereuigte Kampf zwischen uns und dem Westen. Daraus eröffnen sie für Rußland weltpolitische Erleichterungen, günstige Handelskommen, Ruhe in Asien — alles auf Kosten der deutschen Arbeiter! Die Berliner Zentrale der K. P. D. ist nichts als die deutsche Agentur dieser russischen Außenpolitik. Was sagt der kommunistische Professor Barga? Wir zitieren es gestern: „Die Londoner Konferenz bedeutet einen Wendepunkt in der europäischen Politik“. Aber die Moskauer Demagogen haben alles Heil Rußlands auf die Karte des europäischen Vorfalles gesetzt. Wenn auf diesem „revolutionären“ Wege Millionen Arbeiter verhungern — was kümmert's Herrn Sinowjew? Von Asien her sieht sich die Sache eben anders an. Ruth Fischer und ihregleichen jedoch werden nun durch das Land ziehen und die Dummen suchen, die daran glauben, daß in der kurzen Frist, die Deutschland in seinen Verhandlungen mit der

Entente gestellt ist, die Weltrevolution ausbricht, Rußland die Geere der Entente vom Rhein vertriebt, und aus den hungernden russischen Gebieten ein Strom von Segen und Wohlstand sich über Deutschland ergießt...

Die sozialdemokratische Fraktion tat gut daran, auf die Herausforderungen der moskowitzischen Rednerin und auf die beschimpfenden Jurufe ihres Freunde-Chores im Saale mit fröhlichem Gelächter zu antworten. Die Kommunisten hüben wie ihre völkisch-deutschnationalistischen Zitiereckelmeister drüben werden erleben, daß man auf die Tauer auch verzweifelte Massen nicht mit Phantastereien fähigen kann. Der Londoner Pakt ist, wie Genosse Silberding Monte, keine Erlösung, aber der Anfang zu einer Lösung — und an dieser Tatsache scheitern die Bankrotteure und Schardeure rechts und links.

Abstimmung am Donnerstag

Berlin, 25. August. Der Reichstag hat am Donnerstag die zweite Lesung der Vorlagen zur Londoner Konferenz am Dienstag zu Ende geführt. Die Einzelberatung der verschiedenen Gesetzentwürfe soll dann folgen. Die dritte Lesung wird am Donnerstag stattfinden. Als Abschluß folgen die entscheidenden Abstimmungen, von deren Ausgang es abhängen wird, ob der Reichstag aufgelöst wird oder nicht. Erfolgt die Annahme der Gesetze, so wird der Reichstag noch das Arbeitszeitgesetz und das Holzgesetz mit der Umsatzsteuererhöhung, voraussichtlich allerdings nur in erster Lesung, in Angriff nehmen.

Bei Ablehnung — alles hinfällig

Paris, 25. August. Auf eine Anfrage des Abg. Kloß in der Kammer erklärte Herriot, daß, falls der Deutsche Reichstag die Dawes-Gesetze nicht annehmen würde, die Londoner Konferenz hinfällig wäre und als nicht stattgefunden zu betrachten sei.

Die Verhandlungen im Reichstag

Hilferdings Abrechnung mit der Reaktion

28. Sitzung, 25. August, mittags 12 Uhr. Der Reichstag begann am Montag mit der Besprechung der Regierungserklärung und der Gutachtenfolge.

Als erster Redner erhält das Wort der Deutsch-nationale Hergt: Bei der Beratung des Reichstages vor London hat der Herr Außenminister ausgeführt, es sei nicht die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zur Frage des Vertrauens zur Regierung. Jetzt, nachdem die Herren aus London zurückgekehrt sind, müssen wir uns für die Herren aus London gegenüber dem Verhalten der Delegation in London, gegenüber den vorliegenden Gesetzen, gegenüber den hier gehaltenen drei Ministerreden zum Ausdruck bringen. Was soll der deutsche Bürger von den eigenartigen Erörterungen wissen, die die Regierung ausgesprochen hat, Droffselung von Krediten usw.? (Zuruf: Expression ist das!) Es entsteht der Eindruck, daß diese Regierung eine Regierung gegen die deutsche Wirtschaft ist.

Die Regierung war in verhältnismäßig günstiger Lage, als sie nach London ging. Es kommt auf die Fülle an, durch die man die Dinge sieht. Wir Deutschnationalen haben eben eine andre Brille. (Zuruf: Eine blaue!) Der Regierung fehlten in London das Gewicht und die Kompfkraft der Deutschnationalen. Wir wären in London nicht umgefallen. (Weiterzeit.) Unsere nationale Opposition war die größte Störung für die deutsche Delegation in London, ihr hat sie die Erfolge zu verdanken, die sie in gewissem Umfange erreicht hat. In London wurde vielwiel Rühmlichkeit auf die Persönlichkeit Herriot genommen. Nicht Personen, sondern die Völker haben miteinander zu verhandeln.

Macdonald, der auf die deutsche Delegation zugunsten Herriot einen Trud ausübte, hat an Deutschland viel gutzumachen. Er hängt damit schon an mit nachträglichen Erklärungen. Trotz diesem Trud hätte die deutsche Delegation bei ihrem Unannehmbar bleiben müssen, denn Deutschland muß an dem Rechtsstandpunkt festhalten. Wir vermüssen auch die richtige Ausnutzung der Stellungnahme der Völker. Das Ausland legte den größten Wert auf eine freiwillige Unterfertigung der deutschen Delegation. Da hätte die deutsche Delegation erklären müssen, bei einer Fortsetzung der Ruhrbesetzung könne Deutschland sich nur einem Diktat fügen. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Frist von einem Jahre kann allerdings passieren, man kann neue deutsche Verhältnisse konstruieren; es kann auch ein französischer Regierungswechsel eintreten.

Am 1. Oktober sind wir verpflichtet, in handelspolitische Verhandlungen mit Frankreich einzutreten, und der Feind steht noch im Lande. (Hört, hört! rechts.) Gelange noch ein Franzose widerrechtlich in Lande recht, müssen alle handelspolitischen Verhandlungen abgelehnt werden. (Weißall rechts.) Die Kriegsschuldfrage hätte an den Anfang der Londoner Konferenz gestellt werden müssen. Ich hätte diese Frage als Unterhändler aufgerollt, und wenn die andern mich nicht hätten hören wollen und hinausgelaufen wären, so würde ich dennoch weitergesprochen haben. (Beifällige Weißall rechts, Lauch links.) Der Redner kritisiert dann die Einzelheiten des Dawes-Entschens. Die deutsche Souveränität und Gleichberechtigung sei damit erstickt. Das deutsche Volk werde auf die Stufe eines afrikanischen Regententums gedrückt. (Weißall rechts.) Die versprochene

Kredithilfe werde nur eine Scheinblüte der Wirtschaft herbeiföhren mit nachfolgendem Hungerjammer. Den Deutschnationalen bleibe kein anderer Weg als

die Ablehnung aller Gutachtenfolge.

Wenn dann die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird, so ist durchaus nicht alles aus, sondern dann entsteht nur die Notwendigkeit, daß von neuem verhandelt werden muß.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Ich gebe zu, daß Herr Hergt manches gesagt hat, was daheim zu denken ist, daß seine Fraktion ablehnen wird. Er hat selbst gesagt, wie schwer diese Entscheidung fallen wird, aber er hat unsre Frage nicht beantwortet, ob die deutsch-nationale Fraktion nicht angesichts dieser Situation die Abstimmung freigeben muß.

Wenn wir heute die Entscheidung fällen wollen, dann dürfen wir nicht von einem nationalen oder einem sozialen Ideal ausgehen, das uns vorjuchet, sondern wir können nur von den realen Machtverhältnissen ausgehen. Der Abg. Hergt hat sich die Sache etwas leicht gemacht. Er hat geredet, als ob die Amerikaner nicht geflohen und nicht geschwommen wären. Er hat geredet, als ob der damalige Staatssekretär der Marine, Herr von Tirpitz, mit seinen „redaktionell“ gebauten U-Booten die englische Flotte versenkt hätte. Er hat geredet, als ob Ludendorff rechtzeitig auf der Höhe der Siege für Deutschland einen guten Frieden abgeschlossen hätte und als ob sich die Propagierung Helfferichs bewahrt hätte, daß das Bleigewicht der Milliarden die Feinde zu tragen hätten. Ist das die Sitte einer verantwortungsvollen Opposition? — Unsere Entscheidung kann nur abhängen von der Verantwortung, ob sie dem deutschen Volke einen Ausweg bringt aus einer unhaltbaren Lage, und ob sie einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet.

Wie war die Lage vor einem Jahre? Damals mußte der passive Widerstand abgebrochen werden, wir hätten zum zweiten Male den Krieg verloren, wir hätten Kriegerlofen, die mit fünf Milliarden Goldmark zu gering befristet sind, die physische und moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes war zum zweiten Male gebrochen. Alle heroischen Opfer an Rhein und Ruhr wären umsonst gebracht. Wie viele gab es denn von Rhnen auf der rechten, die damals nicht sagten, das Rheinland ist verloren? Wer war es denn, der damals die Parole von der Verfassungspolitik ausgab? Wir Sozialdemokraten waren es, die sich dieser Politik der Verzweiflung mit allen Mitteln entgegenzusetzen und erklärt haben: Wenn es um deutsches Gut, wenn es um das wertvollste Glied des deutschen Volkes geht, dann dürfen finanzielle Erwägungen nicht ausschlaggebend sein, dann

muß dem Rheinland geholfen werden,

dann dürfen wir diesen Kampf nicht aufgeben. Unser Nationalbewußtsein geht eben dahin, daß wir, wenn es sich auf der einen Seite um Opfer an Gut und auf der andern Seite um Opfer an Land und deutschen Leuten handelt, meinen, die Opfer an Gut müssen gebracht werden, auch wenn sie noch so groß sind,